



Waigel-Vignette für den Daten-Highway

Hochrangige Experten der Europäischen Kommission sind sich einig: Wir brauchen eine „Bit-Steuer“ für das Internet. Im Net kursiert ein Entwurf, der sogar schon genaue Zahlen nennt.

Als 1831 Michael Faraday von einem skeptischen Politiker gefragt wurde, wozu denn seine Entdeckung der Basisprinzipien der Elektrizität gut sei, antwortete dieser: „Sir, ich habe keine Ahnung, aber eines weiß ich ganz sicher: Sie werden sie besteuern.“

175 Jahre später scheint sich die Episode zu wiederholen: Noch weiß niemand, wozu genau – und für wen – der Information-Highway eigentlich nützlich ist, da brüten schon Staatsbeamte und Wirtschaftsexperten darüber, auf welche Weise der Fiskus das Internet mit einer speziellen Steuer abzocken kann.

Unbemerkt von der Öffentlichkeit machte im Frühjahr nach monatelanger Klausur eine hochdotierte Expertengruppe der Europäischen Kommission einen sensationellen Vorschlag: Man müsse „eine neue, enger am Informationsaustausch orientierte Steuerbemessungsgrundlage“ ins Auge fassen: eine „Bit-Steuer“ fürs Internet. Wenn es nach den EU-Experten geht, soll die Europäische Kommission jetzt Wissenschaftler beauftragen zu prüfen, wie eine Bit-Steuer in der Praxis funktionieren kann.

Der brisante Bericht ist kein Einzelfall: In den USA wird in der staatlichen Regulierungsbehörde für Telekommunikation, der Federal Communication Commission (FCC), ebenfalls laut über die Bit-Steuer nachgedacht.

Das Internet läßt die Staatseinnahmen schrumpfen

Der EU-Bericht, den im März das Information Society Project Office (ISPO) der Europäischen Kommission veröffentlicht hat, konstatiert, daß die Staatseinnahmen durch das Entstehen der Informationsgesellschaft gefährdet seien:

„Wie können Regierungen in einer immer mehr auf Informationen gestützten Welt weiterhin ihre (Finanz-)Mittel beschaffen, wenn die Werte durch Systeme und globale Netze und nicht mehr durch klar erkennbare materielle Produktion und deren Austausch erzeugt werden?“, fragt nicht nur dieser elitäre Spezialistenkreis der EU.

Tatsächlich sind zahlreiche Regierungen rund um die Welt ernsthaft beunruhigt, daß mit dem Entstehen der Informationsgesellschaft ihre Steuereinnah-

men schrumpfen könnten: Sie fürchten, daß weite Teile des Warenaustausches und der Dienstleistungen sich ins globale Internet verflüchtigen. Das könnte katastrophale Folgen für den Fiskus haben, denn im Internet herrscht Steuerfreiheit.

Zahlreiche Wirtschaftsaktivitäten, die virtuell abgewickelt werden, können mit der traditionellen Mehrwertsteuer gar nicht mehr erfaßt werden. Ein Beispiel: Die Mehrzahl der Werbeagenturen beauftragt heute noch Kurierdienste, um ihren Kunden Entwürfe zuzustellen. Bei jedem Kurierauftrag kassiert der Staat satte 15 Prozent des Rechnungsbetrages als Mehrwertsteuer.

In Zukunft werden Werbeagenturen ihre Entwürfe jedoch digital per E-Mail versenden. Das geschieht nahezu zum Nulltarif. In der Folge fällt keine Mehrwertsteuer mehr an. Beim Transfer von Daten via Internet ist kein Geld involviert, es gibt keine Quittungen und keinen Aufwand und folglich auch keine Mehrwertsteuer. Steuerausfälle dieser Art werden mit der Verbreitung der Informationstechnologien rasant zunehmen – und das chronische Loch im Staatssäckel noch vergrößern.

Gleiches gilt auch für Post- und Kommunikationsdienste: Wer heute einen Brief versendet, klebt eine Briefmarke auf den Umschlag, deren Erlös unmittelbar oder mittelbar dem Staat zugute kommt. Wer Telefongespräche führt, entrichtet Mehrwertsteuertribut an Waigel. Solche Dienstleistungen können aber durch das steuerfreie Internet ersetzt werden. Zum Nachteil der Staatskasse.

Wie einzelne Firmen schon heute die Einnahmequelle des Staates verschließen,



Luc Soete

Luc Soete, Direktor des Maastrichter Wirtschaftsforschungsinstituts für Innovation und Technologie, ist Vorsitzender der „Hochrangigen Expertengruppe“ bei der EU-Kommission, die eine Bit-Steuer vorgeschlagen hat.

CHIP: Was bezwecken Sie mit Ihrer Forderung nach einer Bit-Steuer?

Soete: Auf den elektronischen Highways werden Waren und Güter erzeugt, die mit den traditionellen Steuermethoden nicht mehr erfaßt werden. Wenn wir den Informationsfluß in Form einer Bit-Steuer belegen, können Staaten auch diese „flüchtigen“ digitalen Werte besteuern, die sich ansonsten der Wirtschaftsbesteuerung entziehen. So können wir verhindern, daß die Steuergrundlagen des Staates unterhöhlt werden. Die Bit-Steuer kann auch dazu dienen, einen sozialen Ausgleich zwischen den Gewinnern der Informationsgesellschaft und den Verlierern der Informationsgesellschaft zu bewirken.

CHIP: Wie kann man eine Bit-Steuer technisch realisieren?

Soete: Man könnte Bitzähler, ähnlich den Stromzählern, die es in jedem Haus gibt, entwickeln, welche die Daten, die bei einem Netznutzer hinein- und hinausgehen, messen. Das gibt es schon: IBM weiß am Ende eines Tages exakt, wie viele Datenbits jeder Nutzer des internen Kommunikationssystems transferiert hat. Ähnlich könnten auch Internet-Provider die Datenmengen ihrer Kunden erfassen.

CHIP: Da werden aber die Datenschützer Protest einlegen...

Soete: Meine Argumentation zielt darauf ab, nur das Datenvolumen zu erfassen. Es geht überhaupt nicht um irgendwelche „Big brother is watching you“-Phantasien und auch nicht um irgendeine Form der inhaltlichen Kontrolle.

CHIP: Wollen Sie auch die internen Breitbandnetze des Internet besteuern? Wie soll das funktionieren?

Soete: Unternehmen, die damit arbeiten, besitzen eindeutige Informationen darüber, wie sehr ihr System ausgelastet ist und wieviel darüber transferiert wird. Man könnte also durchaus den Datendurchsatz abschätzen.

CHIP: Die Netznutzer werden schon heute mit Werbung zugemüllt. Ich klicke irgendwohin und bekomme massenhaft Daten, an denen ich gar nicht interessiert bin. Soll ich dafür zukünftig auch noch Steuer zahlen?

Soete: Ich denke, eine Lösung könnte sein, daß es ebenso wie beim Telefon spezielle Web-Seiten gibt, die man steuerfrei anwählen kann. Hier würde dann die Summe der Information, die zum Nutzer übertragen wird, nicht auf der Kundenseite, sondern auf der Seite des Web-Seiten-Anbieters besteuert werden. Der Informationsanbieter wird also nach der Summe der Personen besteuert, die bei ihm nach Werbeinformationen nachgefragt haben.

CHIP: Die Europäische Kommission scheint nicht gerade begeistert von Ihrem Vorschlag zu sein.

Soete: Bei der EU-Kommission ist man sehr besorgt über die Tatsache, daß das Internet die Mehrwertsteuer zunehmend unterminiert. Aber derzeit lautet das Argument noch: „Die Bit-Steuer mag eine gute Idee sein, aber nicht in diesem Stadium.“ Man fürchtet, daß eine solche Steuer die Verbreitung der Informationstechnologie behindert. Ich sehe allerdings das größte Hindernis eher in dem Datenmüll, in der Informationsverschmutzung und in den enormen Verkehrsstockungen auf der Datenautobahn.

CHIP: Dann wird also doch nichts aus der Bit-Steuer?

Soete: Ich bin felsenfest davon überzeugt, daß wir in Zukunft irgendeine Form einer solchen Steuer bekommen werden. Das mag dauern, aber ohne Bit-Steuer kann ich mir nicht vorstellen, wie man die Einnahmeausfälle des Staates, die durch das Internet verursacht werden, auffangen will.

illustriert das Beispiel Citybank. Das Bankhaus sendet einen größeren Teil seiner Briefpost per E-Mail ins niederländische Arnheim, wo die Postgebühren nur 60 Prozent des deutschen Briefportos ausmachen. Dort werden die E-Mails ausgedruckt und als Briefe wieder nach Deutschland versandt. Briefmarken aus Deutschland werden nicht gebraucht.

Schlimm trifft es auch die US-Bundesstaaten: Drei Milliarden Dollar Steuerausfall im Jahr 1995, weil Versandhäuser ihre Aktivitäten auf das steuerfreie Mail-Order-Geschäft per Internet verlagern.

Die neue Steuer ist kein fiskalisches Folterinstrument

Den europäischen Wächtern des Staatsschatzes geht es mit Ihrer Forderung nach einer Bit-Steuer also gar nicht um ein zusätzliches fiskalisches Folterinstrument, um die Bürger noch raffinierter auszupressen. Im Gegenteil: Ihre Empfehlung zielt im Kern darauf ab, einen Teil der Einnahmen wieder zurückzuholen, die dem Staat in Zukunft verlorengehen.

Für den Wirtschaftsprofessor Luc Soete, Vorsitzender der EU-Expertengruppe, folgt daraus: „In dem Maße, wie sich die Gesellschaft zur Informationsgesellschaft wandelt, muß sich auch die Besteuerung von den materiellen Gütern hin zu der Besteuerung virtueller Güter und Dienstleistungen wandeln.“ (Siehe Interview)

Die Abgabe pro Bit wäre dazu ein geeignetes Mittel, weil sie lediglich auf der Zählung der Datenbits beruht, die über eine Telekommunikationsleitung fließen. Eine an sich recht simple Methode: Auf der Grundlage des übertragenen Datenvolumens wird auf alle interaktiven Dienste eine Steuer erhoben. Ähnlich wie heute Stromzähler würden an jedem Internetanschluß Bitzähler ticken.

Auch die Steuerhöhe ist schon bekannt: Seit Ende September kursiert im Internet ein Papier von Luc Soete, in dem der Betrag von 0,00000001 Dollar pro Bit (oder rund 1 Dollar pro 100 Megabit) genannt wird.

Solche Steuerbeträge wirken sehr gering. Doch rechnet man dies auf den gesamten Datenverkehr von Belgien hoch (jährlich rund 10^{18} Bits) würde das einen zusätzlichen Steuergewinn von ungefähr 10 Milliarden Dollar bedeuten, was etwa 4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes entspricht.

Soete, der auch Chef des Economic Research Institutes für Innovation und

Technologie (MERIT) in Maastricht ist, hat die Bit-Steuer schon für einzelne Unternehmen durchgerechnet:

► Eine Firma wie Hewlett Packard schickt im hauseigenen Intranet weltweit ungefähr 480 Terabyte Daten pro Jahr durch seine Hauptdatenleitung (Main Backbone). Vorausgesetzt man würde diese Intranet-Bits weltweit besteuern, würde HP eine Bit-Steuer-Rechnung in Höhe von 4,8 Millionen Dollar zahlen müssen. Bei weltweiten Einnahmen von ungefähr 32 Milliarden Dollar und einem Gewinn von 5 Milliarden machte die Bit-Steuer weniger als 1 Prozent des Gewinns aus.

► Für einen privaten Nutzer läßt sich die Steuerbelastung hingegen schwer kalkulieren. Soete gibt folgenden Hinweis: „Viele User atmen erleichtert auf, wenn sie erfahren, daß das Downloaden von Pamela Andersons neuester Bikinipose weniger als 0,0005 Dollar kosten würde.“

Die Informationsreichen sollen die Armen unterstützen

Die Experten der EU-Kommission sehen in der Bit-Steuer aber auch einen wichtigen Hebel, soziale Ungleichheiten auszugleichen, die mit der Informationsgesellschaft einhergehen werden. Die Besteuerung des Datentransfers führe nämlich automatisch dazu, daß die interaktiven „Informationsreichen“ die benachteiligten „Informationsarmen“ subventionierten, da diese ja keine oder nur wenige Bits transferieren. Ganz nebenbei könnte die Bit-Steuer auch dazu beitragen, daß das verschwenderische Erzeugen von Datenmüll verringert würde, weil ja jeder überflüssige Bits bezahlen müßte.

Bei der Netzgemeinde stößt Soetes Idee auf erbitterten Widerstand. Unter dem Motto „Hände weg vom Internet“ überschwemmte die Cybercommunity die EU-Spezialisten mit E-Mail-Protesten. Die Angst ist verständlich, denn bei einer staatlichen Erfassung des gesamten Netzverkehrs tut sich ein Abgrund datenschutzrechtlicher Fragen auf. Zudem ist unklar, inwieweit die Besteuerung der gesamten Internet-Kommunikation nicht auch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung beschneiden würde.

Aber auch die Betreiber der Netzwerke sind gegen eine Bit-Steuer. Fachleute zweifeln, ob es denn überhaupt möglich ist, das Datenvolumen des Internet zu überwachen. Die US-amerikanische Internet Society schätzt, daß 1995

„Fatales Wirtschaftssignal“

Siegmar Mosdorf, Vorsitzender der Enquete-Kommission des Bundestages „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“, lehnt die Bit-Steuer ab.

CHIP: Müssen Internetsurfer demnächst mit einer Bit-Steuer rechnen?

Mosdorf: Eine Cyber-Steuer, wie sie in Belgien diskutiert wird, findet bei uns keine große Unterstützung. Von einer sogenannten Bit-Steuer halte ich persönlich nichts. Wir befinden uns erst am Anfang einer Entwicklung hin zur globalen Informationsgesellschaft. Sicher sind die Bits und Bytes der Rohstoff von morgen. Doch sie deshalb mit einer Steuer zu belegen, würde bedeuten, das kleine Pflänzchen Informationsgesellschaft zu zerstören. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß zum Beispiel im Internet bis jetzt noch wenig Geld verdient wird. Aber es wird massiv investiert – auch in Deutschland, und das bedeutet auch Arbeitsplätze. Wir dürfen solche Investitionen jetzt nicht behindern.

CHIP: Läßt sich eine solche Steuer überhaupt praktisch erheben?

Mosdorf: Das wäre das nächste Problem, denn Bits und Bytes sind flüchtige Produkte. Unklar ist: Wer erhebt wo, wann und wie eine Bit-Steuer? National, europaweit oder weltweit? National würde bedeuten, daß wir wahrscheinlich mit der Bit-Steuer allein das stunden und einen neu entstehenden Markt belasten würden. Eine europaweite Bit-Steuer hätte zur Folge, daß Unternehmen abwandern. Und im Internet werden räumliche Standorte irrelevant. Auf dem digitalen Marktplatz würde ganz Europa als Verlierer darstehen. Wirksame weltweite Regelungen halte ich für utopisch.

CHIP: Wurde das Thema in Ihrer Kommission schon behandelt?

Mosdorf: Die Enquete-Kommission hat sich mit der „Bit-Steuer“ noch nicht beschäftigt. Die Informationsgesellschaft stellt die nationalen Steuersysteme vor eine völlig neue Konstellation. Geprüft werden muß, ob die traditionellen Steuersysteme den Anforderungen der Informationsgesellschaft genügen.



Siegmar Mosdorf

über eine Milliarde Online-Nachrichten pro Monat mit durchschnittlich 25 000 Bits über das US-amerikanische Backbone transferiert wurden.

Zur gleichen Zeit gab es 5 Millionen Hosts mit Web-Seiten-Angeboten. Ende 1996 werden es wohl 10 Millionen, 100 Millionen weltweit im Jahr 2000 sein. Angesichts eines gigantisch wuchernden, anarchisch strukturierten Datennetzes erscheint es nahezu utopisch, eine lückenlose Kontrolle des Datenverkehrs zu Steuerzwecken erreichen zu wollen.

Selbst die Reaktionen der Politiker sowohl in der EU als auch in Deutschland (siehe Interview mit Siegmar Mosdorf) sind zurückhaltend. Sie fürchten vor allem, daß die Diskussion um die Bit-Steuer Unternehmen und Wirtschaftsvertreter davon abhält, in die neuen Informationstechnologien zu investieren.

Interessanterweise richten sich die negativen Reaktionen aber nicht grundsätzlich gegen die Bit-Steuer. Hinter vorge-

haltener Hand hört man, daß an der Steueridee nur eines schlecht sei: nämlich der zu frühe Zeitpunkt ihrer Einführung. Auch in den USA meint Marc Corbit, Direktor für Technologiepolitik bei der FCC: „Die generelle US-Position lautet: Es ist noch zu früh“. So wie es aussieht, wird, trotz aller heutigen Vorbehalte, der spöttische Spruch des alten Faraday wohl auch über kurz oder lang fürs Internet zutreffen.

Peter Diesler



The „BIT TAX“: the case for further research. Von Luc Soete und Karin Kamp. <http://www.ispo.cec.be/hleg/bittax.html>

„Eine europäische Informationsgesellschaft für alle. Erste Überlegungen der Gruppe hochrangiger Experten“; Zwischenbericht.

Dieses Dokument und weitere Infos können abgerufen werden beim: Information Society Project Office (ISPO) <http://www.ispo.cec.be/hleg/>